

Was ist die Folge? – Zwanzig Jahre später sind das Länder, die jegliche Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, da sie ihre Währungen nicht mehr abwerten können. Die EZB steht bei der Bundesbank unseres Vaterlandes mit über 1.000 Milliarden Euro Target-Saldo in der Kreide. Währenddessen ergeht sich der zum Messias erhobene Macron in immer weiteren Forderungen gemeinsamer Budgetpolitik. Ein immer stärkerer Nord-Süd-Transfer ist da nur die Spitze. Das alles bleibt den Freunden im Vereinigten Königreich erspart. Diese haben natürlich ein Ende mit Schrecken eingepreist, aber das ist allemal zuverlässiger zu kalkulieren als ein Schrecken ohne Ende. Unser Sozialsystem wird ausgehöhlt, weil der Nationalstaat keine Abwehrrechte mehr hat und die Arbeitnehmerfreizügigkeit unsere Sozialkassen ausbluten lässt.

(Zuruf: So ein Scheiß!)

Unsere Individualität und Freiheit sind in höchster Gefahr, weil die von der UNO vertretene Menschenrechtsideologie faktisch ein weltweites Ansiedlungsrecht für Migranten in Europa fordert. Die Freundschaft der europäischen Vaterländer ist belastet, da oftmals selbstherrliche Entscheidungen nicht nur europatrunkener Politiker die Befindlichkeiten und Normen unserer östlichen Nachbarn mit Füßen treten. Ein Europa, das besonders im Westen immer mehr von außereuropäischen Kulturen besiedelt und geprägt wird, verliert Substanz und Sinn. Brüssel ist nicht mehr Bremser, sondern mittlerweile Motor dieses Okkupationsprozesses. Deswegen müssen vernünftige Länder mit visionären Politikern eine solide Opposition für ein Europa diesseits der EU in Betracht ziehen. Die Visegrád-Staaten mit klugen Köpfen wie Orbán, der von seinem langjährigen Weggefährten Weber opportunistisch ins Abseits geredet wird, könnten Teil eines zukunftsfähigen, da in vielfacher Weise homogenen Internarium-Staatenbundes sein.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Martin Böhm (AfD): Die AfD stimmt dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Böhm. – Als Nächstem erteile ich dem Vizepräsidenten Markus Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Werter Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der gestrigen abermaligen Brexit-Abstimmung im Parlament des Vereinigten Königreichs gab es heute das ein oder andere Mal Hohn und Spott in den sozialen Medien, aber auch in den klassischen Medien; unser Kollege Gotthardt hat bereits darauf hingewiesen. Auch ich bin der Meinung, dass Hohn und Spott gegenüber den Briten im Allgemeinen, aber auch angesichts der dramatischen Lage in Europa und im Vereinigten Königreich überhaupt nicht angemessen sind. Auch der Wortbeitrag meines Vorredners hat erneut bewiesen: Die Rechtspopulisten und radikalen Nationalisten sind überall in Europa unterwegs.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Diesem Rechtspopulismus wohnt eine unheilvolle Zerstörungswut inne. Das ist eine Zerstörungswut, die Menschen gegeneinander in Stellung bringt und ganze Gesellschaften zu sprengen in der Lage ist. Deshalb sind wir Demokraten im Hohen Hause und überall gefordert, unser Europa der Freiheit, der Zusammenarbeit, der Versöhnung und des Wohlstandes bei der Europawahl am 26. Mai zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Man darf sich auch nicht Sand in die Augen streuen lassen. Man darf sich nicht verführen lassen vom sanften Gesäusel liebevoller Stimmen. Noch gestern hat mein Vorredner bei der Informationsreise des Europaausschusses des Bayerischen Landtags im Rathaus zu Straßburg eine feierliche Erklärung zur Zukunft Europas unterschrieben. Das war dort, wo sich 1949 aus den Trümmern des Krieges und vor dem Hintergrund von 55 Millionen Toten der Europarat gegründet hat. Noch gestern hat er sich das Tarnmäntelchen umgelegt, er stehe zu den freiheitlichen Inhalten des Lissabonner Vertrags, wie es in der vor Kurzem unterzeichneten Brüsseler Erklärung der Landtagspräsidenten heißt. Das ist eine Erklärung, die sich gestern der Europaausschuss einstimmig zu eigen gemacht hat. Heute hört sich das hier ganz anders an: Jetzt ist von fremder Jurisdiktion Europas für die Nationalstaaten die Rede. Da ist von einem Fundamentalismus gegen das eigene Volk die Rede, und die EU sei der Motor eines Okkupationsprozesses von Migranten in Europa. Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau dieses macht jene Leute so gefährlich.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Zuerst tut man so, als sei man völlig harmlos, als sei man im Prinzip für Europa, um keine 24 Stunden später den Daumen zu senken und die Zerstörungswut sich an unserem Kontinent austoben zu lassen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Na, na, na!)

Das unverhohlene Ziel dieser Rechtsradikalen von Le Pen über Wilders bis Höcke und Gauland ist die Zerstörung von Europa.

(Zuruf von der AfD: Wir wollen Europa befreien!)

Wer das Europaparlament und damit das Zentrum der Demokratie und des zivilisatorischen Fortschritts abschaffen will, der sollte erst gar nicht zur Wahl für dieses Parlament antreten.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD): Bravo!)

Deshalb rufe ich Ihnen zu: Wer wie die AfD Europa zerstören will – da kann die Stimme noch so liebevoll und noch so leise am Mikrofon sein –, das Europa der Freiheit, der Versöhnung, des Friedens und des Wohlstandes, muss mit dem entschiedenen Widerstand der Demokraten in diesem Hohen Hause und in unserem Land rechnen. Wir werden diesen Nationalisten und Populisten nicht die Herrschaft über unseren Kontinent überlassen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Nun rückt der Brexit näher. Der Tag des Austrittsdatums des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ist nur noch 16 Tage von heute entfernt. Am 29. März wird die Zugehörigkeit Großbritanniens zur Europäischen Union ganz offenbar möglicherweise – ich glaube, sehr wahrscheinlich – Geschichte sein. Wir können heute nur erahnen, was dies für Großbritannien und die Idee des geeinten Europas zur Folge haben wird. Klar ist, ohne den Zugang zum europäischen Binnenmarkt wird das Vereinigte Königreich in enormer Weise an Wirtschaftskraft verlieren.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Freiheit!)

– Herr Dr. Müller, was das mit "Freiheit" zu tun haben wird, werden Sie uns dann in zehn Jahren erklären.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Ich erkläre es Ihnen nächste Woche!)

London wird sich auf viele Jahre ökonomischen Rückschritts einstellen müssen, verbunden mit einer Destabilisierung der sozialen Sicherungssysteme im gesamten Vereinigten Königreich,

(Dr. Ralph Müller (AfD): Stabilisierung!)

in selbst gewählter wirtschaftlicher und politischer Isolation.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Sie verwechseln die Präfixe!)

Das Land wird keinen Aufstieg zu einem New Empire im 21. Jahrhundert erleben, wie es die Nationalisten versprechen. Das sind Versprechen, die nicht eingehalten werden können. Im Gegenteil: Das Land wird einen Abstieg erleben, wie man ihn für ein so stolzes Land nur als traurig und bedauernswert bezeichnen kann.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Das ist das Ergebnis von Nationalismus. Auch Europa wird sich verändern. London fällt als zuverlässiger transnationaler Partner auf europäischer Bühne weg. Politisch wird es das gespaltene Europa noch schwerer haben als heute, auch wirtschaftlich. Dass ein Nettozahler wegbricht, wäre vielleicht noch zu verkraften, aber dass sich ein Land mit starken Handelsvolumina aus freien Stücken wirtschaftlich verzweigt, ist für das Wachstum auf dem Kontinent und auch für uns in Bayern von erheblichem Nachteil.

Deshalb bekräftige ich das, was Herr Gotthardt gesagt hat: Wir wünschen uns eine neue Perspektive für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Das liegt auch im bayerischen Interesse. Nichtsdestoweniger müssen wir festhalten: Die Reden der bayerischen Parlamentarier hier und anderswo können noch so leidenschaftlich sein, aber wir sind in keiner Wahlversammlung in Birmingham, London oder anderswo. Die Briten entscheiden es am Ende selbst.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Genau!)

Wir halten ein erneutes Referendum für denkbar, wie es der Labour-Oppositionsführer Jeremy Corbyn ins Gespräch gebracht hat.

(Dr. Ralph Müller (AfD): Wir wählen so oft bis es passt! – Klaus Adelt (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Halte mal die Klappe!)

Der Ausstieg aus dem Ausstieg wäre möglich. Leider ist es nüchtern betrachtet aktuell nicht erkennbar, dass die britischen Volksparteien über den Willen und das politische Führungspersonal verfügen würden, dem Remain wieder Auftrieb zu verschaffen. Ob sich das in den nächsten 16 Tagen noch drehen wird, werden wir sehen. Im Moment hat es den Anschein, als würde Theresa May mit Jeremy Corbyn als Beifahrer an ihrer Seite mit Höchstgeschwindigkeit auf die Betonwand zu-rasen.

Wir als SPD werden diesem Gesetzentwurf selbstverständlich zustimmen, weil es eine technische Frage ist, wie es einen Übergang nach dem 29. März geben kann; dieser ist wichtig. Wir wollen – und damit komme ich zum Ende – natürlich die traditionell engen freundschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich aufrechterhalten, auf ein neues Gleis setzen. Dafür müssen wir heute sowie in den nächsten Monaten und Jahren die notwendigen Weichenstellungen vornehmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)